

**PLENARSITZUNG VOM 9. DEZEMBER 2016
SÉANCE PLÉNIÈRE DU 9 DECEMBRE 2016**

Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt am Oberrhein

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung am 9. Dezember 2016 und auf Vorschlag der Kommission Kultur-Jugend-Ausbildung,

1. bekräftigt seinen Willen, die Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes in der Oberrheinregion zu unterstützen,
2. schlägt vor, als Zeichen des hohen Stellenwertes, den die Politik in der Oberrheinregion dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt einräumt, einen Preis für Firmen, die sich in der mehrsprachigen Ausbildung besonders auszeichnen, und Firmen, die junge Menschen im Rahmen der grenzüberschreitenden Mobilität beschäftigen, auszuscheiden,
3. sieht, dass es teilweise einen Fachkräftemangel und einen Mangel an Auszubildenden gibt, hält insbesondere eine Analyse über die geografischen und branchenspezifischen Schwerpunkte des Fachkräftemangels für erforderlich, und nennt als gutes Beispiel hierzu die Studie der Oberrheinkonferenz zum Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich,
4. begrüßt besonders die grenzüberschreitenden Ansätze für eine Abhilfe der Situation, wie z.B. grenzüberschreitende Bemühungen um Auszubildende aus der Nachbarregion, wie sie z.B. von den Industrie- und Handelskammern oder im Rahmen der Baselbieter Lehrstellenbörse erfolgen, und unterstützt weitere Verknüpfungen, wie z. B. die grenzüberschreitende Verbindung von Ausbildungsverhältnissen und Praktika im Nachbarland,
5. wird in einer nächsten Sitzung der Kommission Kultur, Jugend, Ausbildung über die Ergebnisse des „Salon Régional Formation Emploi“, der am 27. und 28. Januar 2017 in Colmar stattfinden wird, und die sich daraus ergebenden Forderungen an die Politik beraten,
6. unterstützt die INTERREG-Projekte, die von der Region Grand Est und den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz getragen werden, und die die Zielsetzungen haben, junge Menschen besser über die

Möglichkeiten einer beruflichen Ausbildung in der Nachbarregion zu informieren sowie die Interessen von Unternehmen und Arbeitsplatzinteressenten besser miteinander abzustimmen,

7. empfiehlt einen Ausbau der wechselseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen und zu diesem Zweck eine Analyse der Berufsinhalte, um damit insgesamt mehr Interessenten die Möglichkeit eines Berufsabschlusses zu geben,
8. fordert eine Analyse der Ergebnisse und Auswirkungen der Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung am Oberrhein.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- die Regierung der Französischen Republik
- die Région Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine, die Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin
- die Nordwestschweizer Regierungskonferenz